Friesland-Kliniken wird für das Nordwest-Krankenhaus Sanderbusch auf 1.000.000,- DM festgesetzt.

Im Vermögensplan des Krankenhauses Sophienstift werden Kredite für Investitionen nicht veranschlagt.

In den Vermögensplänen der Kreisvolkshochschule Friesland (Volkshochschule und Musikschule) werden Kredite für Investitionen nicht veranschlagt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird auf 13.300.000,- DM festgesetzt.

In den Vermögensplänen der Friesland-Kliniken werden Verpflichtungsermächtigungen nicht veranschlagt.

In den Vermögensplänen der Kreisvolkshochschule (Volkshochschule und Musikschule) werden Verpflichtungsermächtigungen nicht veranschlagt.

§ 4

Der Höchstbetrag, bis zu dem Kassenkredite im Haushaltsjahr 1997 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 20.000.000,- DM festgesetzt.

Der Höchstbetrag, bis zu dem Kassenkredite im Haushaltsjahr 1997 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben durch die Sonderkassen der Friesland-Kliniken in Anspruch genommen werden dürfen, wird für das

Nordwest-Krankenhaus Sanderbusch auf und für das	5.000.000,- DM
Sophienstift Jever auf	600.000,- DM

festgesetzt.

Für die Sonderkassen der Kreisvolkshochschule Friesland werden Kassenkredite nicht beansprucht.

§ 5

Der Umlagesatz der Kreisumlage wird auf 54 % der Steuerkraftmeßzahlen und der Gemeindeschlüsselzuweisungen festgesetzt.

Jever, den 17. März 1997

Landkreis Friesland

Karin Evers-Meyer
Landrätin

Dr. Lothar Knippert
Oberkreisdirektor

Bekanntmachung der Haushaltssatzung 1997

Die vorstehende Haushaltssatzung des Landkreises Friesland für das Haushaltsjahr 1997 wird hiermit öffentlich bekanntgemacht.

Die nach § 65 der Niedersächsischen Landkreisordnung (NLO) in Verbindung mit den §§ 91 Abs. 4 und 92 Abs. 2 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) und nach § 18 Abs. 6 des Niedersächsischen Finanzausgleichsgesetzes erforderliche Genehmigung ist durch die Bezirksregierung Weser-Ems am 15. Mai 1997 unter dem Aktenzeichen 202.15-10302.55 erteilt worden.

Der Haushaltsplan liegt nach § 65 NLO in Verbindung mit § 86 Abs. 2 Satz 3 NGO in der Zeit vom 09. bis einschließlich 17. Juni 1997 während der Dienststun-

den zur Einsichtnahme im Kreisverwaltungsgebäude in Jever, Lindenallee 1, Zimmer 300, öffentlich aus.

Jever, den 06. Juni 1997

Landkreis Friesland

Dr. Knippert
Oberkreisdirektor

III. Kreisfreie Städte

Stadt Oldenburg (Oldb)

Satzung der Stadt Oldenburg (Oldb) über die Erhebung von Gebühren für Leistungen des Rettungsdienstes in der Stadt Oldenburg (Oldb) (Rettungsdienstgebührensatzung) vom 20. Mai 1997

Aufgrund der §§ 6, 8 und 83 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) i. d. F. vom 22. 08. 1996 (Nds. GVBl. S. 383), der §§ 1, 2 und 5 des Nds. Kommunalabgabengesetzes (NKAG) in der Fassung vom 11. Febr. 1992 (Nds. GVBl. S. 30), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. Mai 1996 (Nds. GVBl. S. 242) und § 16 des Nds. Rettungsdienstgesetzes (NRettDG) vom 29. Jan. 1992 (Nds. GVBl. S. 21) hat der Rat der Stadt Oldenburg (Oldb) folgende Satzung für den Rettungsdienst beschlossen:

§ 1

Gebührenpflicht

- (1) Die Stadt Oldenburg (Oldb) betreibt als kommunaler Träger den Rettungsdienst als öffentliche Einrichtung.
- (2) Für Leistungen des Rettungsdienstes werden von der Stadt Oldenburg (Oldb) Gebühren nach Maßgabe dieser Gebührensatzung erhoben, soweit nicht die Stadt als Träger des Rettungsdienstes gemäß § 15 NRettDG privatrechtliche Entgelte mit den Kostenträgern vereinbart hat.

§ 2

Gebührensschuldner

- (1) Zur Zahlung sind verpflichtet (Gebührensschuldner)
 - a) der/die Benutzer/in
 - b) der/die Auftraggeber/in
 - c) derjenige, in dessen Interesse die Leistung erbracht wird.
- (2) Mehrere Gebührensschuldner haften als Gesamtschuldner.
- (3) Für die Mitglieder einer Krankenversicherung kann die Abrechnung direkt mit dem Versicherungssträger erfolgen.

§ 3

Gebühregrundsätze

- (1) Die Gebührenpflicht entsteht mit der Inanspruchnahme des Rettungsdienstes durch
 - a) die Bereitstellung eines Rettungsmittels,

- b) die Beförderung in einem Rettungsmittel oder
- c) eine ambulante rettungsdienstliche Hilfeleistung (RHL).

Beginn der Inanspruchnahme ist bei Anordnung des Einsatzes durch die Leitstelle die Anordnung, in sonstigen Fällen der Beginn der Hilfeleistung.

- (2) Die Rettungsleitstelle bestimmt das notwendige Rettungsmittel.

Steht im Einzelfall das entsprechende Rettungsmittel nicht zur Verfügung oder ist es nur mit erheblichem Zeitverlust verfügbar, kann die Leistung auch mit einem anderen Rettungsmittel oder in Ausnahmefällen auch mit einem anderen Beförderungsmittel erbracht werden.

- (3) Qualifizierter Krankentransport (KTW) nach § 2 Abs. 2 Nr. 2 NRettDG ist der Transport von Kranken, Verletzten oder Hilfsbedürftigen nach ärztlicher Verordnung in der Zeit

montags - freitags	06.00 bis 21.00 Uhr
samstags	
(außer an Feiertagen)	08.00 bis 16.00 Uhr
am 24. und 31. 12.	
(wochentags)	07.00 bis 14.00 Uhr
(sofern ein Samstag)	08.00 bis 14.00 Uhr

- (4) Der Einsatz beginnt mit der Anordnung der Leitstelle, spätestens mit der Hilfeleistung. Bei aufeinanderfolgenden Einsätzen ohne Rückkehr zur Wache rechnen die Fahrkilometer für die neuen Einsätze ab der Annahme des neuen Einsatzbefehls bzw. ab Beginn der neuen Hilfeleistung. Bei Rückkehr von außerstädtischen Transporten oder Einsätzen beginnt der neue Einsatz frühestens mit dem Erreichen der Stadtgrenze.

- (5) Der Einsatz endet bei Beförderungen innerhalb der Stadt mit der Rückkehr zur Wache oder dem Beginn eines neuen Einsatzes, in allen sonstigen Fällen mit dem Erreichen der erneuten Einsatzbereitschaft. Bei Beförderungen außerhalb der Stadt ist ein Rücktransport des Patienten bzw. des Transportgutes innerhalb dessen Einsatzes möglich, wenn die Wartezeit die voraussichtliche Rückfahrdauer nicht übersteigt.

- (6) Für Bereitstellungen von Rettungsmitteln wird eine gesonderte Gebühr nach § 5 Ziffer 10 dieser Satzung erhoben.

- (7) Für Wartezeiten wird zusätzlich zur Gebühr nach § 5 Ziffer 1 - 9 und 11 dieser Satzung eine gesonderte Gebühr nach § 5 Ziffer 10 dieser Satzung erhoben. Die Wartezeit beginnt mit der angebotenen Übergabe des Patienten bzw. Transportgutes, frühestens 30 Min. nach Einsatzbeginn, beim Baby-NAW frühestens 60 Min. nach Einsatzbeginn und endet mit der Übergabe.

- (8) Für Begleitpersonen wird keine Gebühr erhoben. Es besteht kein Rechtsanspruch auf Begleitung.

- (9) Die Gebührenschuld endet mit dem Ende des Einsatzes, spätestens 48 Std. nach Einsatzbeginn.

- (10) Nahbereich sind die Stadt Oldenburg (Oldb) und die Orte Bad Zwischenahn, Edewecht, Wardenburg, Hatten, Hude, Elsfleth und Rastede.

§ 4

Gebührenmaßstab, -festsetzung und -fälligkeit

- (1) Maßgebend für die Gebührenberechnung ist, soweit sich aus dem Gebührentarif nichts anderes ergibt, die rettungsdienstliche Leistung, der Einsatzbeginn, die anlässlich des Einsatzes tatsächlich gefahrenen Kilometer, sowie bei Bereitstellungen und Wartezeiten deren Dauer.
- (2) Für die Festsetzung der jeweiligen Gebühr ist allein die Klassifizierung des Einsatzes als Notfallrettung, qualifizierter Krankentransport oder Notarzt-Einsatz ausschlaggebend. Muß die Leitstelle aufgrund der Alarmierung bzw. der Anforderung des Bestellers nach pflichtgemäßer Prüfung davon ausgehen, daß ein Notfall (Einsatz bei Verkehrsunfällen, Betriebsunfällen und sonstigen Unfällen sowie sonstige Notfälle) vorliegt, und somit ein Rettungseinsatz durchzuführen ist, werden die Gebühren nach § 5 Ziffer 2 bzw. 3 oder 7 oder 8 auch dann erhoben, wenn sich am Einsatzort herausstellt, daß ein Krankentransport ausgereicht hätte.
- (3) Die Gebühren werden durch einen Gebührenbescheid festgesetzt. Sie sind innerhalb von einem Monat nach Bekanntgabe des Gebührenbescheides fällig.

§ 5

Gebührensätze

- 1. Qualifizierter Krankentransport (KTW) gem. § 3 Abs. 3

Gebühr je Einsatzfahrzeug (bis 25 gefahrene Kilometer)	245,25 DM
Kilometerzuschläge	
vom 26. bis höchstens 100. gefahrenen km je km	2,15 DM,
vom 26. bis höchstens 200. gefahrenen km je km	1,70 DM,
vom 26. bis über 200. gefahrenen km	1,60 DM,
mindestens jedoch die Höchstgebühr, die sich aus der Berechnung der vorherigen Stufe ergibt.	

- 2. Rettungsdienst-Einsätze (RTW) nach § 2 Abs. 2 Nr. 1 NRettDG

Gebühr innerhalb des Nahbereiches der Stadt Oldenburg je Einsatzfahrzeug	500,75 DM
--	-----------

- 3. Einsätze des Baby-NAW nach § 2 Abs. 1 NRettDG

Gebühr je Einsatzfahrzeug	460,50 DM
Kilometerzuschläge	
vom 26. bis höchstens 100. gefahrenen km je km	2,85 DM,
vom 26. bis höchstens 200. gefahrenen km je km	2,30 DM,
vom 26. bis über 200. gefahrenen km je km	2,15 DM,
mindestens jedoch die Höchstgebühr, die sich aus der Berechnung der vorherigen Stufe ergibt.	

- 4. Führen ausgerückte Fahrzeuge keine Beförderung durch, ermäßigt sich die Gebühr auf 50 %.

5. Bei Einsätzen für mehr als einen Patienten wird für jeden weiteren beförderten bzw. versorgten Patienten ein Aufschlag von 20 % berechnet. Die errechnete Gesamtgebühr wird gleichmäßig auf die Anzahl der beförderten bzw. behandelten Personen aufgeteilt und entsprechend festgesetzt.
6. RTW-Fahrten außerhalb des Nahbereiches der Stadt Oldenburg werden nach der KTW-Gebühr berechnet und dann verdoppelt.
7. Einsätze Notarzteinsetzfahrzeug (NEF) nach § 2 Abs. 2 Nr. 1 NRettDG:
Notarzteinsetzfahrzeug
Gebühr je Einsatz 501,80 DM
(ohne Notarzt)
8. Inanspruchnahme des Notarztes durch Personen, die keinen gesetzlichen Krankenversicherungsschutz haben (Selbstzahler) 192,00 DM je betreuten Patienten.
9. Zur Abdeckung der erhöhten Kosten für Infektionstransporte oder Transporte, die eine besondere Reinigung des Rettungsmittels erfordern, wird eine zusätzliche Desinfektions- bzw. Reinigungspauschale von 85,- DM erhoben.
10. Wartezeiten und Bereitschaftszeiten nach § 3 dieser Satzung werden berechnet mit:
KTW 78,35 DM je angefangene Viertelstunde
RTW 136,60 DM je angefangene Viertelstunde
Baby-NAW 111,60 DM je angefangene Viertelstunde
11. Für Sachtransporte im Rettungsdienst nach § 2 Abs. 2 letzter Satz NRettDG ermäßigt sich die Gebühr auf 50 %.

§ 6

Billigkeitsmaßnahmen

- (1) Die Stadt Oldenburg (Oldb) kann von der Erhebung der Gebühr ganz oder teilweise absehen oder sie auf Antrag ganz oder teilweise stunden oder erlassen, wenn ihre Erhebung oder Einziehung nach Lage des einzelnen Falles unbillig wäre.
- (2) Der Antrag ist vom Gebührenschuldner schriftlich oder zur Niederschrift bei der Stadt Oldenburg (Oldb) (Berufsfeuerwehr oder Bürgeramt) zu stellen.

§ 7

Inkrafttreten

- (1) Diese Gebührensatzung tritt mit dem 1. Tage des auf die Bekanntmachung folgenden Monats in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt die Satzung der Stadt Oldenburg (Oldb) über die Erhebung von Gebühren für Leistungen des Rettungsdienstes in der Stadt Oldenburg (Oldb) (Rettungsdienstgebührensatzung) vom 21. Dezember 1992 außer Kraft.

Oldenburg, den 22. Mai 1997

Dr. Poeschel
Oberbürgermeister

Stadt Oldenburg (Oldb)

Satzung der Stadt Oldenburg (Oldb) zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Marktgebühren (Marktgebührensatzung) vom 20. 05. 1997

Aufgrund der §§ 6, 8 und 83 der Nds. Gemeindeordnung und des § 5 des Nds. Kommunalabgabengesetzes in der Fassung vom 28. 05. 1996 (Nds. GVBl. S. 242) hat der Rat der Stadt Oldenburg (Oldb) folgende Satzung beschlossen:

Art. 1

Die Satzung der Stadt Oldenburg (Oldb) über die Erhebung von Marktgebühren (Marktgebührensatzung) vom 16. 08. 1982, zuletzt geändert durch Satzung vom 21. 02. 1994, wird wie folgt geändert:

1. In § 2 Abs. 1 Nr. 3 (Ostermarkt a - c) werden ersetzt:
"44,40 DM" durch "50,60 DM"
" 5,70 DM" durch " 6,50 DM"
"48,50 DM" durch "55,30 DM"
" 6,25 DM" durch " 7,10 DM"
"47,15 DM" durch "53,75 DM"
" 5,90 DM" durch " 6,70 DM"
2. In § 2 Abs. 1 Nr. 3 (Kramermarkt a - c) werden ersetzt:
"56,00 DM" durch "59,50 DM"
" 7,10 DM" durch " 7,55 DM"
"61,20 DM" durch "65,00 DM"
" 7,80 DM" durch " 8,30 DM"
"59,50 DM" durch "63,20 DM"
" 7,40 DM" durch " 7,90 DM".
3. In § 2 Abs. 4 werden unter Ostermarkt ersetzt:
"45,60 DM" durch "52,00 DM".
Unter Kramermarkt:
"49,20 DM" durch "52,25 DM".
4. § 2 Abs. 2 wird um folgenden Text ergänzt:
"bezogen auf die jeweiligen Gebührensätze für alle übrigen Marktgeschäfte".
5. In § 5 Abs. 2 (Fälligkeit und Zahlung) werden ersetzt:
"5. Markttag" durch "15. 03."

Art. 2

Die Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Oldenburg (Oldb), den 20. 05. 1997

Dr. Poeschel
Oberbürgermeister

IV. Kreisangehörige Städte und Gemeinden

1. Landkreis Ammerland

Gemeinde Bad Zwischenahn

Satzung über die Festlegung von Schulbezirken in der Gemeinde Bad Zwischenahn

Aufgrund der §§ 6 und 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO), in Verbindung mit § 63 Abs. 2